

## Aus der Obmännertkonferenz.

Staatliche Unterstützungen und öffentliche Auspeisung. — Günstige Gesundheitsverhältnisse. — Approvisionierungsangelegenheiten.

Unter dem Vorstehe des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der drei Vizebürgermeister und der Delegierten der Gemeinderatsparteien fand gestern die Obmännertkonferenz im Rathause statt. Im Einlaufe berichtete der Bürgermeister, daß seit Kriegsbeginn 931.820 Kronen an fortlaufenden staatlichen Unterstützungen und 277.400 Kronen an einmaligen Unterstützungen erfolgt wurden.

In dem Berichte über die von der Gemeinde organisierte allgemeine Auspeisung heißt es: Die Zahl der täglich beföstigten Personen betrug anfangs rund 10.000, im September stieg sie auf 30.000 und seit Mitte Februar 1915 schwankt die Portionenzahl zwischen 36.000 und 37.000. Von den beföstigten Personen sind 8000 Erwachsene, 24.000 schulpflichtige und 4000 vorschulpflichtige Kinder. Begonnen wurde in 22 Speisestellen, derzeit sind 111 Auspeisestellen im Betriebe. Die Anzahl der bisher verabreichten Speisenportionen beläuft sich auf rund 8.414.000, die Kosten einschließlich der eingekauften Lebensmittelvorräte auf 2.170.080 Kronen. Der Bürgermeister weist bei dieser Gelegenheit auf die hervorragende Tätigkeit des Komitees „Schwarzgelbes Kreuz“ hin und auf die großen Opfer, welche eine große Anzahl von Frauen und Männer durch fortlaufende Monatsbeiträge für die öffentliche Auspeisung bringen und richtet an die Allgemeinheit die Bitte, diese Opfer in hingebungsvoller Weise auch weiter zu tragen.

Weiters legte der Bürgermeister einen Bericht des Oberstadtphysikus über die Gesundheitsverhältnisse der Wiener Bevölkerung vor, der außerordentlich günstig ist; vom 8. Juni bis 20. Juli 1915 ist unter der Zivilbevölkerung keine Erkrankung an Kriegseuchen — von den nur mehr vereinzelt Blatternfällen abgesehen — vorgekommen.

Stadtbauinspektor Goldemann erstattete ein eingehendes Referat über den Entwurf des neuen Gemeindefühlhauses, welches von der Versammlung zustimmend zur Kenntnis genommen wurde.

Hierauf wurden Approvisionierungsangelegenheiten ausführlich erörtert, so die Mehl-, Fleisch-, Milch-, Zucker- und Kohlenfrage. Die Obmännertkonferenz richtete an die k. k. Regierung die erste Aufforderung, endlich die Bestimmung über die Verwendung der neuen Ernte herauszugeben, wobei insbesondere die Ausschaltung von Surrogatmehlen bei der Broterzeugung und im Detailhandel als unbedingte Forderung der Konsumenten erklärt wurde. Ferner wurde die Festsatzung billigerer Höchstpreise für Brotmehl gefordert und verlangt, daß die niederösterreichische Getreideproduktion ausschließlich Wien und Niederösterreich zukomme und ein ausreichendes Kontingent an Edelmehl ungarischer Provenienz gewährleistet werde. Es müsse endlich getrachtet werden, daß durch eine zweckmäßige Organisation des Ernteergebnis den Konsumenten in prompter und ausreichender Weise zur Verfügung gestellt werde. Das Brot- und Mehlmartenregime sei bis auf weiteres aufrecht zu erhalten.

In der Milchfrage einigte sich die Obmännertkonferenz dahin, daß ein Verbot zur Erzeugung von Schlagobers, nicht aber ein solches für die Einfuhr sowie ein Verbot für die Verwendung von Milch zur Erzeugung von Gefrorenem (Crème) festgesetzt werde. Die Einführung einer Milchkarte halte die Obmännertkonferenz im gegenwärtigen Zeitpunkte nicht für angezeigt.